



Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Florian Janik  
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Telefon 09131 862225  
spd.fraktion@stadt.erlangen.de  
www.spd-fraktion-erlangen.de

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
Zimmer 130  
tel 09131/862781 fax 09131/861681  
e-mail: buero@gl-erlangen.de  
<http://www.gl-erlangen.de>

<b><u>Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO</u></b>	
Eingang:	<b>13.12.2018</b>
Antragsnr.:	<b>209/2018</b>
Verteiler:	<b>OBM, BM, Fraktionen</b>
Zust. Referat:	<b>VI/61</b>
mit Referat:	

Erlangen, den 13.12.2018

## **Antrag für den UVPA Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets in Erlangen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Finanzierungssituation des ÖPNV bleibt in Deutschland angespannt. Steigenden Ausgaben für Personal und Energiekosten standen in den letzten Jahren sinkende Zuschüsse von Land und Bund gegenüber. Damit werden die Kommunen gezwungen, durch Zuschüsse aus dem eigenen Haushalt die Attraktivität des ÖPNV aufrecht zu erhalten - in Erlangen geschieht dies z.B. durch die Sozialrabattierung, die es bedürftigen Menschen ermöglicht, mobil zu bleiben. Langfristig schafft dies aber ungleiche Bedingungen, denn nur finanzkräftige Kommunen können solche Zuwendungen leisten.

Durch die Ankündigung der Staatsregierung, in den bayerischen Ballungszentren bis 2030 die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets einführen und unterstützen zu wollen, ist ein Chancenfenster aufgegangen, die ÖPNV-Finanzierung auf eine weitere Säule zustellen. Die Beteiligung des Landes an den stetig wachsenden Betriebskosten ist überfällig und dringend notwendig.

Allerdings halten wir den anvisierten Zeitplan der Staatsregierung für unnötig zögerlich. Um die Einführung zu beschleunigen, müssen deshalb vor Ort die entsprechenden Weichen gestellt und die prognostizierten Einnahmeausfälle berechnet werden, damit man zu einer soliden Entscheidungsgrundlage kommen kann. Bis das

Zeitkarten-Sortiment neu konzipiert und strukturiert ist, sollte die Staatsregierung die jährlich notwendigen Tarifierhöhungen (nach den sog. Atzelsberger Beschlüssen) als Zuschüsse fließen lassen. Damit könnten bis zur Einführung eines 365-Euro-Tickets die Preise zumindest eingefroren werden.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden **Antrag**:

Verwaltung und VAG berichten:

1. über die Kosten und prognostizierten Einnahmefälle eines 365-Euro-Tickets,
2. über die zu erwartenden Fahrgaststeigerungen und notwendigen Maßnahmen zur Kapazitätserhöhung in Bussen und Bahnen,
3. und treten auf dieser Basis mit dem Freistaat Bayern in Verhandlungen ein.

Mit freundlichen Grüßen

Für die SPD-Fraktion

Barbara Pfister  
Fraktionsvorsitzende

Felizitas Traub-Eichhorn  
Sprecherin für Verkehr



f.d.R. Saskia Coerlin, Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

für die Grüne/GL-Fraktion

Wolfgang Winkler  
Fraktionsvorsitzender

Harald Bußmann  
Sprecher für Verkehr